

2023-3
Policy Paper

MIGRATION UND GESELLSCHAFTLICHE SPALTUNG IN POLEN

EINE ANALYSE VOR DEN
PARLAMENTSWAHLEN 2023

VON MARTA KOZŁOWSKA

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	4
1	EINLEITUNG	4
2	SALIENZ UND SPALTUNGSPOTENTIAL DES THEMAS ZUWANDERUNG	5
3	POSITIONSVERTEILUNG	8
4	DAS THEMA ZUWANDERUNG IM WAHLKAMPF	10
5	DIE VISA-AFFÄRE	14
6	SCHLUSS	15
	LITERATURVERZEICHNIS	16
	AUTORIN	20
	IMPRESSUM	21

Zitiervorschlag:

Kozłowska, Marta 2023: Migration und gesellschaftliche Spaltung in Polen. Eine Analyse vor den Parlamentswahlen 2023, MIDEM-Policy Paper 2023-3, Dresden.

ZUSAMMENFASSUNG

Am 15. Oktober 2023 wählt Polen ein neues Parlament. Damit geht ein Wahlkampf zu Ende, der zuletzt zunehmend von Migrationsfragen geprägt war. Vor allem die Affäre um die unrechtmäßige Vergabe von Visa hat das Thema Migration verstärkt in den Fokus gerückt. Während die Opposition der Regierung Korruption vorhält und diese auch für die steigenden Migrationszahlen verantwortlich macht, versuchen rechte Parteien, darunter die regierende PiS-Partei, Ängste vor Zuwanderung zu mobilisieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem Spaltungspotenzial migrationspolitischer Fragen in einem Land wie Polen, das - nicht zuletzt aufgrund der ukrainischen Fluchtmigration - innerhalb kürzester Zeit zu einem Einwanderungsland geworden ist. Das vorliegende Policy Paper zeichnet nicht nur den Verlauf des Wahlkampfes nach, sondern untersucht migrationspolitische Einstellungen und zeigt auf, an welchen Fragen sich die polnische Gesellschaft spaltet. Es stützt sich dabei auf Umfragedaten der internationalen MIDEM-Studie 2023-2 (Herold/Joachim/Otteni/Vorländer 2023).

1. EINLEITUNG

Polen wählt ein neues Parlament. Bis vor der Wahl zeigten die Wahlumfragen für keine der Parteien zufriedenstellende Resultate und keine klaren Koalitionsmöglichkeiten. Die seit November 2015 regierende *Zjednoczona Prawica* (dt.: Vereinigte Rechte), eine Koalition aus *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS, dt.: Recht und Gerechtigkeit) und einigen kleineren rechten Parteien, liegt in den Umfragen zwar weiterhin vorne, aber nur mit minimalem Vorsprung vor ihrem Hauptkonkurrenten, der rechtsliberalen *Koalicja Obywatelska* (KO, dt.: Bürgerkoalition). Das linke Parteienbündnis *Lewica* (dt.: Die Linke) könnte eine wichtige Rolle als Gegengewicht zu den konservativen Parteien spielen und eine alternative politische Stimme für diejenigen bieten, die progressive und linke Ideen unterstützen. Der Wahlkampf läuft bereits seit dem Frühjahr auf Hochtouren. Obwohl das Thema Zuwanderung im Wahlkampf immer präsent war, stand es lange Zeit nicht im Mittelpunkt. In den letzten Wochen vor den Wahlen rückte es jedoch aufgrund der Visa-Affäre (vgl. von Marschall 2023) verstärkt in den Fokus.

Vor allem die rechten Parteien – die regierende national-konservative *PiS* und die rechtsradikale *Konfederacja* (dt.: Konföderation) – setzen auf das Schüren von Ängsten, indem sie Geflüchtete aus dem Nahen Osten und Nordafrika als eine Bedrohung für die Sicherheit der polnischen Bevölkerung darstellen. In weiten Teilen der Wählerschaft findet dieses Narrativ jedoch keinen Widerhall. Das Gegenarrativ der Opposition: Die Regierung habe die Migrationszahlen in die Höhe getrieben und sich dabei eines korruptionsanfälligen Systems bedient.

Zuwanderung ist ein relativ neues Thema in der polnischen Politik. Erst während der sogenannten Flüchtlingskrise – die ihren Höhepunkt zeitgleich mit den polnischen

Parlamentswahlen 2015 erreichte – wurde Migration Teil des politischen Diskurses. Damals gelang es der PiS-Partei, aus einer migrationsfeindlichen Rhetorik politischen Nutzen zu ziehen.¹ Seither gilt Polen, wie auch die anderen Visegrád-Staaten, als besonders migrations-skeptisch und flüchtlingsfeindlich. Dabei stieß die strikte Ablehnung der Aufnahme von Geflüchteten seitens der Regierung auf breite Zustimmung in weiten Teilen der Gesellschaft (vgl. Kozłowska 2018: 146). Auch der mediale Diskurs war überwiegend flüchtlingsfeindlich, zudem meist mit antiarabischen oder islamfeindlichen Untertönen (Bertram/Jędrzejek 2015; Bertram et al. 2017, vgl. Kozłowska 2018: 148). In der Öffentlichkeit wurde zudem zwischen „echten“ Flüchtlingen und vermeintlich weniger bedürftigen „Wirtschaftsflüchtlings“ unterschieden, wobei Menschen aus dem Nahen Osten und Nordafrika der zweiten Kategorie zugeordnet wurden.

Vor diesem Hintergrund ist es schwierig, von „dem“ Thema Migration zu sprechen. Tatsächlich werden die verschiedenen Aspekte der Migration in Polen von der Bevölkerung, den Medien und den politischen Akteuren sehr unterschiedlich gewichtet und bewertet. Politisiert wurde lange Zeit nur die Zuwanderung aus dem Nahen Osten und Nordafrika (als Teil der sogenannten Flüchtlingskrise) und die damit verbundenen Umverteilungsmechanismen auf EU-Ebene.² Nach 2016 nahm die Salienz dieses Themas jedoch schrittweise ab. Parallel dazu hat sich die Einstellung gegenüber der Zuwanderung und der Aufnahme von Geflüchteten sukzessiv verbessert: Vor 2018 lag die Ablehnungsquote noch bei über 60 Prozent, 2018 bei 53 Prozent. Im Jahr 2021 waren dagegen bereits 77 Prozent der Befragten der Meinung, dass Polen Geflüchteten helfen sollte, die vor Krieg, Verfolgung oder Menschenrechtsverletzungen fliehen (vgl. Krzyżak 2021).

Zum Stimmungsumschwung dürfte zuletzt auch die Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten beigetragen haben. Als Russland im Februar 2022 die Ukraine angriff, wurde Polen zum Hauptaufnahmeland (und Transitland) für ukrainische Geflüchtete. Etwa jeder zweite der über zehn Millionen Geflüchteten hat die Ukraine über die polnische Grenze verlassen, etwa eine Million sind in Polen geblieben (alle Angaben UNHCR 2023, Stand September 2023). Im Gegensatz zu anderen Ländern der Region, in denen die Aufnahmebereitschaft entweder von Anfang an relativ gering war (z.B. Ungarn, vgl. Althoff 2022) oder nach einigen Monaten spürbar nachließ (z.B. Tschechien, vgl. Chmelar/Joachim 2023), blieb die Einstellung der polnischen Bevölkerung gegenüber der ukrainischen Flucht-migration bis heute überwiegend positiv (CBOS 2023).

Die Zuwanderung nach Polen hat in den letzten zehn Jahren Rekordwerte erreicht. Damit entwickelt sich das Land allmählich zu einem Einwanderungsland, das sich zunehmend mit den üblichen Fragen und Herausforderungen konfrontiert sieht. Auch die polnische Bevölkerung setzt sich zunehmend mit dem Thema auseinander. Doch inwieweit polarisieren Migrationsthemen die polnische Bevölkerung so stark, dass sie sogar den Ausgang von Wahlen beeinflussen können? Um dieser Frage nachzugehen, untersucht das vorliegende Policy Paper die migrations-bezogenen Einstellungen der polnischen Bevölkerung sowie die Spaltungstendenzen von Migrationsthemen im Kontext der Wahlen. Grundlage dieser Analyse sind Umfragedaten, die im Rahmen der international vergleichenden MIDEM-Studie 2023-2 erhoben wurden (Herold/Joachim/Otteni/Vorländer; siehe Infobox – Datengrundlage).

INFOBOX – Datengrundlage

Die hier präsentierten Ergebnisse basieren auf einer Umfrage, die MIDEM in Zusammenarbeit mit YouGov Deutschland in zehn Staaten der Europäischen Union durchgeführt hat. Befragt wurden im Herbst 2022 insgesamt 20.449 Personen im Alter von 18 Jahren und älter aus Deutschland (n = 2.091), Frankreich (n = 2.117), Griechenland (n = 1.587), Italien (n = 2.123), den Niederlanden (n = 2.095), Polen (n = 2.055), Schweden (n = 2.106), Spanien (n = 2.105), Tschechien (n = 2.101) und Ungarn (n = 2.069). Im Fokus standen sieben Themenfelder: Zuwanderung, der Krieg in der Ukraine, Pandemien wie Covid-19, der Klimawandel, Sozialleistungen und ihre Finanzierung, die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft und der Umgang mit sexuellen Minderheiten. Von Interesse waren neben inhaltlichen Positionen besonders gesellschaftliche Spaltungstendenzen. Basis der Stichprobenzie-

hung waren (regionale) Online-Access-Panels. Um die Merkmalsverteilung der einzelnen Landesbevölkerungen angemessen abzubilden, wurde nach Alter, Geschlecht, Region und Bildung quotiert. Die Ergebnisse sind jeweils für die Bevölkerung ab 18 Jahren repräsentativ (Herold/Joachim/Otteni/Vorländer 2023: 18).

2. SALIENZ UND SPALTUNGSPOTENTIAL DES THEMAS ZUWANDERUNG

Zuwanderung ist in Polen ein wichtiges Thema, auch wenn es auf der Salienzskala eher im hinteren Mittelfeld rangiert (vgl. Abb. 1): Im Durchschnitt halten Polinnen und Polen die Themen Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft, die russische Invasion in der Ukraine, Sozialleistungen und Klimawandel für bedeutender.³

Dabei fällt auf, dass vor allem ältere Menschen (über 55 Jahre) und Befragte, die sich selbst politisch rechts verorten, das Thema als besonders wichtig erachten. Die politische Mitte findet das Thema etwas weniger wichtig. Bei denjenigen, die sich politisch links verorten, ist die Streuung der Antworten deutlich breiter (von gar nicht relevant bis äußerst bedeutend) – wobei vor allem die Befragten von 18 bis 35 Jahren dem Thema eine geringere Bedeutung beimessen.

Dass Zuwanderung nicht als das wichtigste Thema in Polen gilt, kann darin begründet liegen, dass sich die polnische Politik auf anderen Themen, vor allem auf wirtschaftliche (liberal oder sozial) und kulturelle (progressiv oder [katholisch-]konservativ), fokussiert und migrationsbezogene Themen nicht nur neu sind, sondern auch zu einer weniger kontroversen Debatte führen. Ein Großteil der polnischen Bevölkerung befürwortet nach wie vor die überwiegend ukrainische Flucht-migration nach Polen (vgl. CBOS 2023). Und in den Medien sowie im politischen Diskurs steht die Notlage der ukrainischen Geflüchteten im Vordergrund. Alle Parteien (mit Ausnahme der rechtsradikalen, flüchtlingsfeindlichen *Konfederacja*) schließen sich diesem Hilfe-Narrativ an (vgl. Kozłowska 2022).⁴

Das Antwortverhalten von Polinnen und Polen bei der Frage, bei welchen politischen Themen sie eine Spaltung der Gesellschaft vermuten, zeigt im Vergleich zu den untersuchten Staaten der Europäischen Union insgesamt deutliche Unterschiede (vgl. Abb. 2): Bei den Themen Umgang mit sexuellen Minderheiten, Sozialleistungen und Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft sehen Polinnen und Polen mehr Spaltungspotenzial als die Befragten in anderen EU-Ländern.

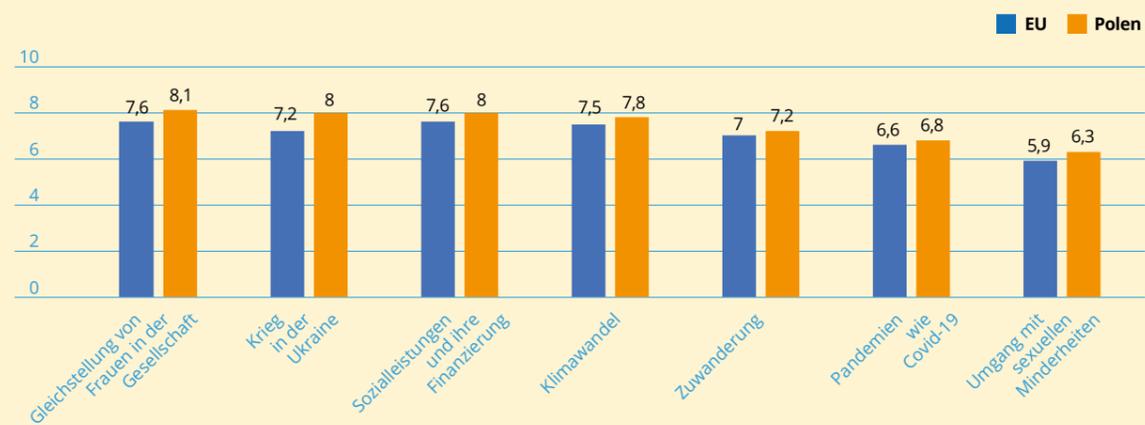
¹ siehe Kozłowska 2018: 149f.; Jedoch war bei den Wahlen 2019 Migration nicht mehr das dominierende Thema – es wurde von Problemen des Gesundheitssystems und LGBTQ+ Anliegen abgelöst (Kozłowska 2019: 13).

² Die anderen migrationsbezogenen Themenbereiche umfassen die Arbeitsmigration, die kaum politisch thematisiert wird; die Fluchtmigration aus der Ukraine, die zwar hoch salient ist jedoch weitgehend akzeptiert wird, politisch kaum polarisiert und überwiegend als Aufgabe und nicht als Problem betrachtet wird; sowie die Krise an der polnisch-belarussische Grenze, die stark politisiert – insbesondere in Bezug auf Sicherheitsfragen und als Teil eines „Hybridkrieges“ mit Belarus und Russland – und zum großen Teil negativ von der Bevölkerung wahrgenommen wird. Diese Themenfelder funktionieren in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend unabhängig voneinander.

³ In allen untersuchten Fragestellungen wurden die Unterschiede hinsichtlich Geschlecht, Alter, Bildungsniveau, Einkommen, Wohnort sowie politischer Selbsteinschätzung (links-rechts) berücksichtigt. Im Text werden lediglich statistisch signifikante Unterschiede erwähnt.

⁴ Die Arbeitsmigration ist in Polen ebenfalls kein kontroverses Thema (vgl. Kozłowska 2018, 2019). Das Land verfolgt eine äußerst liberale Einwanderungspolitik für Arbeitskräfte. In den Medien wird die Arbeitsmigration relativ selten aufgegriffen, und wenn dann tendenziell in positiver Weise (vgl. Kozłowska 2019: 9). Erst Ende September 2023 gab es erste negative Äußerungen über Hilfen für die Ukraine und ukrainische Geflüchtete seitens der Regierung (siehe Kapitel 4).

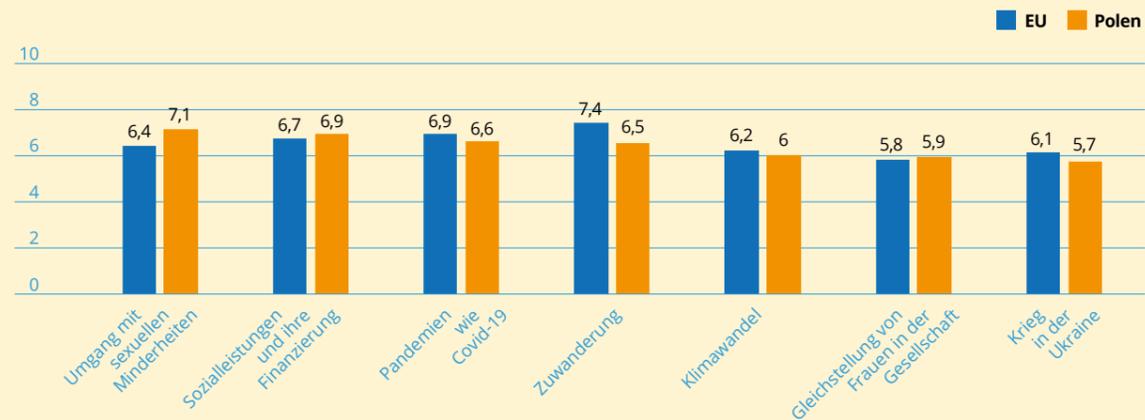
Abb. 1: Salienz verschiedener Themen in Polen und Europa (Mittelwerte)



Anmerkung: Fragestellung: „Wie wichtig sind Ihnen persönlich die folgenden Themen?“ Die Befragten sollten sich zwischen „0 – überhaupt nicht wichtig“ und „10 – sehr wichtig“ positionieren. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet ($n_{\text{Polen}} = 2.055$; $n_{\text{Europa}} = 20.449$).

Quelle: MIDEM-Erhebung / YouGov

Abb. 2: Subjektiv zugeschriebene Spaltungstendenzen nach Themen in Polen und Europa (Mittelwerte)



Anmerkung: Fragestellung: „Bei welchen der angesprochenen politischen Themen sehen Sie eine Spaltung der Gesellschaft?“ Die Befragten sollten sich zwischen „0 – gar keine Spaltung“ und „10 – sehr starke Spaltung“ positionieren. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet ($n_{\text{Polen}} = \text{mindestens } 1.765 \text{ pro Item}$; $n_{\text{Europa}} = \text{mindestens } 18.328 \text{ pro Item}$).

Quelle: MIDEM-Erhebung / YouGov

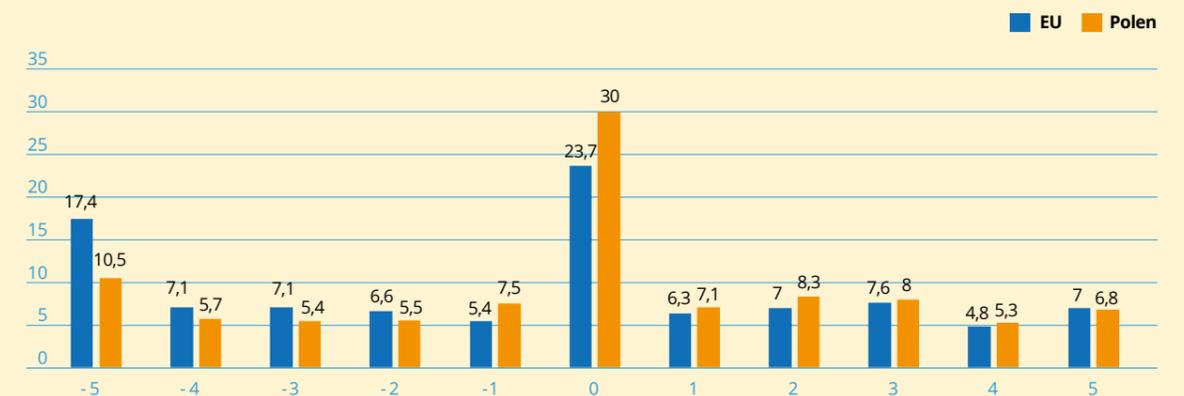
Im Vergleich zeigt sich der größte Unterschied jedoch beim Thema Zuwanderung: Die polnischen Befragten messen dem Thema deutlich weniger Spaltungspotenzial zu als der Durchschnitt der Befragten in der EU. Auffallend ist, dass in Polen vor allem ältere Befragte sowie Befragte, die sich politisch links verorten, das Thema Zuwanderung als spaltend wahrnehmen.

Polinnen und Polen stehen Personengruppen mit gegensätzlichen Einstellungen zu migrationsbezogenen Themen im europäischen Vergleich eher neutral gegenüber (vgl. Abb. 3)⁵. Besonders auffällig: Gegenüber Personen, die sich für Restriktionen aussprechen, empfinden nur knapp 34 Prozent der polnischen Befragten positiv. Im EU-weiten Vergleich sind es knapp

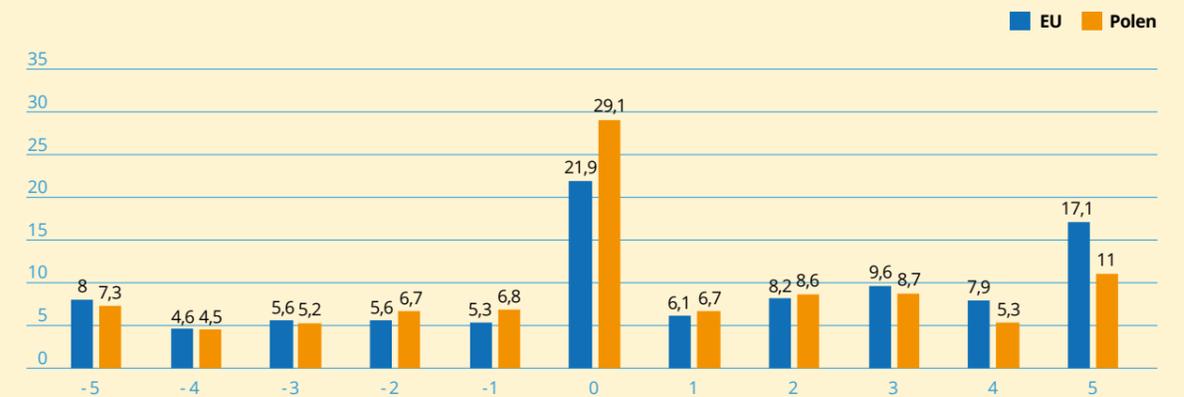
⁵ Es zeigen sich statistisch signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen, bezüglich des Bildungsniveaus sowie der politischen Selbsteinschätzung. Frauen bewerten Personen, die sich für Restriktionen aussprechen etwas positiver, als Männer (Mittelwerte: Männer – 5,1; Frauen – 5,6). Befragte mit höherem Bildungsniveau und Befragte, die sich politisch links verorten, haben dagegen eine signifikant positivere Haltung gegenüber Personen, die sich für eine Erleichterung der Zugangsmöglichkeiten aussprechen. Befragte, die sich politisch rechts verorten, empfinden dagegen positiv gegenüber Personen, die sich für Restriktionen aussprechen.

Abb. 3: Einstellung gegenüber Menschen, die in Polen und Europa die Zugangsmöglichkeiten erleichtern bzw. einschränken wollen (in Prozent)

Einstellung zu Personen, die der Meinung sind, dass die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollten.



Einstellung zu Personen, die der Meinung sind, dass die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollten.



Anmerkung: Fragestellung: „Wenn Sie an andere Personen in Polen mit ihren unterschiedlichen Meinungen zum Thema Zuwanderung denken, wie empfinden Sie jeweils für die folgenden Personengruppen: Personen, die der Meinung sind, dass die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollten, und Personen, die der Meinung sind, dass die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollten.“ Die Befragten sollten sich auf einer Skala zwischen „-5 - sehr kühl und negativ“ und „5 - sehr wohlgesonnen und positiv“ positionieren. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet ($n_{\text{Polen}} = 2.055$; $n_{\text{Europa}} = 20.449$).

Quelle: MIDEM-Erhebung / YouGov

43 Prozent. Und auch gegenüber Personen, die sich für Erleichterungen aussprechen, empfinden weniger als 34 Prozent negativ – in den anderen Ländern der EU sind es über 38 Prozent.

Die Ergebnisse legen nahe, dass das Thema Zuwanderung zwar nicht im Fokus politischer Konflikte steht, jedoch zu einem kontinuierlichen Bestandteil des öffentlichen polnischen Diskurses geworden ist und ein moderates Spaltungspotenzial aufweist. Interessanterweise scheint das Thema bislang emotional wenig aufgeladen zu sein, was im Kontrast zu den Reaktionen während

der sogenannten Flüchtlingskrise steht. Darüber hinaus beeinflusst es nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen – insbesondere ältere Befragte und solche, die sich politisch stark links oder rechts verorten, zeigen ein erhöhtes Interesse an diesem Thema.

3. POSITIONSVERTEILUNG

Die polnische Zivilgesellschaft beteiligte sich sehr aktiv an der Aufnahme und Verteilung der Geflüchteten aus der Ukraine. Dazu unterstützten 68 Prozent die Geflüchteten durch beispielsweise Geld- oder Sachspenden (CBOS 2022: 2).⁶ Auch von Seiten der polnischen Bevölkerung war die Aufnahmebereitschaft groß: im März 2022 sprachen sich 96 Prozent der Befragten dafür aus, ukrainische Geflüchtete aus Konfliktgebieten aufzunehmen. Seitdem sind konstant mindestens 70 Prozent der Befragten für eine Aufnahme (vgl. CBOS 2023; vgl. Abb. 4).

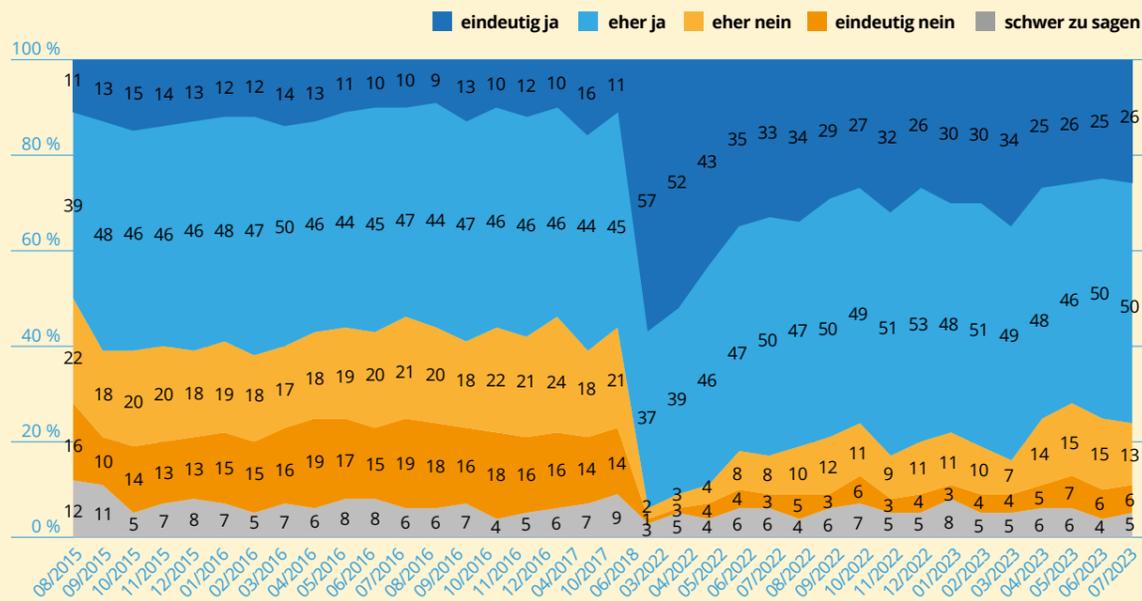
Doch nicht nur gegenüber ukrainischen Geflüchteten ist die polnische Bevölkerung liberaler geworden. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zeigen sich die Befragten in Polen ein wenig offener bezüglich der Erleichterung der Zugangsmöglichkeiten (vgl. Abb. 5): 21 Prozent der Befragten (im Vergleich zu 19 Prozent in der EU) wollen eine Erleichterung und nur 33 Prozent (EU: 47 Prozent) sprechen sich für Restriktionen aus, 46 Prozent (EU: 34 Prozent) wollen keine Veränderung.

Trotz der generell positiveren Einstellungen zur Zuwanderung zeigen sich klare Präferenzunterschiede in Bezug auf spezifische Zuwanderergruppen – wenn auch in abgeschwächter Form. Mehr als die Hälfte der polnischen Befragten ist für eine Begrenzung von muslimischer Zuwanderung, knapp 30 Prozent zeigt sich unentschlossen. 19 Prozent ist gegen eine Begrenzung.⁷ Im Vergleich zu den anderen Ländern der EU zeigen sich nur minimale Unterschiede im Antwortverhalten (vgl. Abb. 6). Durch die überwiegende Ablehnung noch vor wenigen Jahren (Bertram/Jedrzejek 2015; Bertram/Puchejda/Wigura 2017; Krzyżak 2021, vgl. Kozłowska 2018: 148) scheint sich jedoch eine deutliche Abschwächung antimuslimischer Vorbehalte in Polen abzuzeichnen.

Über die Hälfte der polnischen Befragten sind der Ansicht, dass Menschen aus der Ukraine leichter zu integrieren sind als Menschen aus dem Nahen Osten oder Afrika. Lediglich rund 14 Prozent teilen diese Ansicht nicht (vgl. Abb. 7).⁸

Zur Einordnung dieser Ergebnisse muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Ukraine ein Nachbarland

Abb. 4: Aufnahmebereitschaft gegenüber ukrainischen Geflüchteten, 2015-2023 (in Prozent)



Anmerkung: Fragestellung: „Sollte Polen, Ihrer Meinung nach, ukrainische Geflüchtete aus den Konfliktgebieten aufnehmen?“. Umfragedaten von August 2015 bis Juli 2023

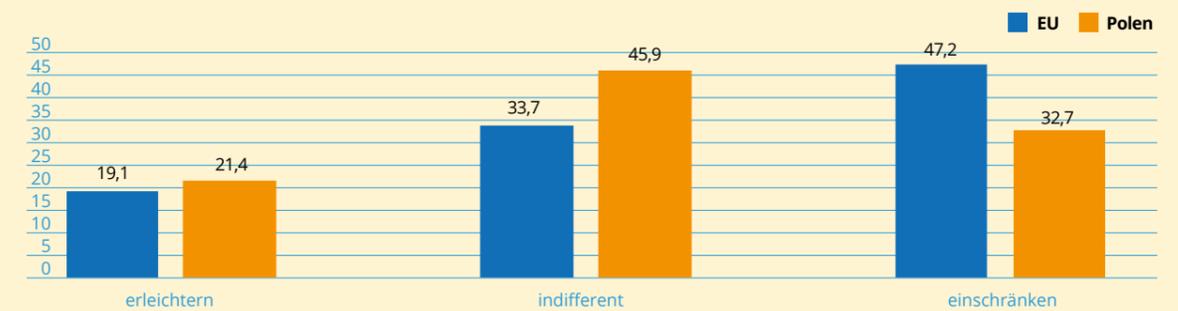
Quelle: CBOS 2023 / eigene Darstellung

⁶ Die Umfrage wurde zwischen dem 28. Februar und dem 10. März 2022 durchgeführt.

⁷ Befragte, die sich politisch rechts verorten, lehnen die Zuwanderung von Musliminnen und Muslimen deutlich häufiger ab als Zentristen oder Linke (Mittelwerte: rechts – 7,6; Mitte – 6,5; links – 4,9).

⁸ Dieser Überzeugung sind vor allem männliche Befragte (Mittelwerte: männlich – 7; weiblich – 6,2), Befragte ab 55 Jahre (Mittelwerte: 18-34-jährige – 6; 35-55 Jahre – 6,4; über 55 Jahre – 7,2), Befragte mit hohem Bildungsniveau (Mittelwerte: niedrig – 6,3; mittel – 6,5; hoch – 6,9) und Befragte die sich selbst politisch rechts verorten (Mittelwerte: rechts – 7,3; Mitte – 6,4; links – 6,3).

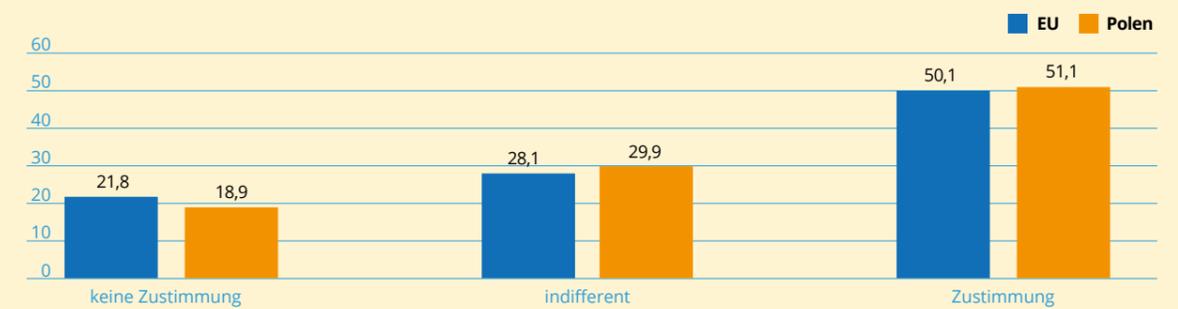
Abb. 5: Einstellungen zum Thema Zuwanderung in Polen und Europa (in Prozent)



Anmerkung: Fragestellung: „Zum Thema Zuwanderung gibt es unterschiedliche Meinungen. Wo würden Sie Ihre persönliche Meinung hier einordnen?“ Die Befragten sollten sich auf einer Skala zwischen „0 – Zugangsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ und „10 – Zugangsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“ positionieren. Dargestellt sind drei Antwortgruppen entlang von liberalen (0-3), indifferent/unentschiedenen (4-6) und restriktiven (7-10) Positionen zu „Zuwanderung“. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet ($n_{Polen} = 2.055$; $n_{Europa} = 20.449$).

Quelle: MIDEM-Erhebung / YouGov

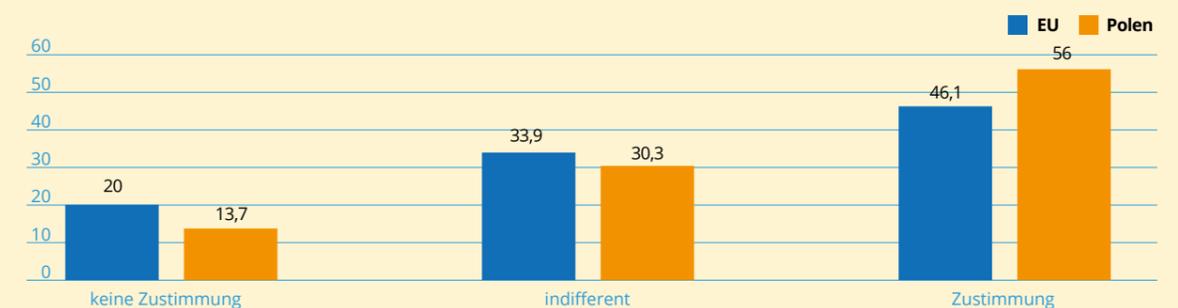
Abb. 6: Positionen bezüglich Einschränkung muslimischer Zuwanderung in Polen und Europa (in Prozent)



Anmerkung: Fragestellung: „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Die Zuwanderung von Muslimen nach Polen sollte eingeschränkt werden“. Aggregierte Ergebnisse der Skala von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet ($n_{Polen} = 2.055$; $n_{Europa} = 20.449$).

Quelle: MIDEM-Erhebung / YouGov

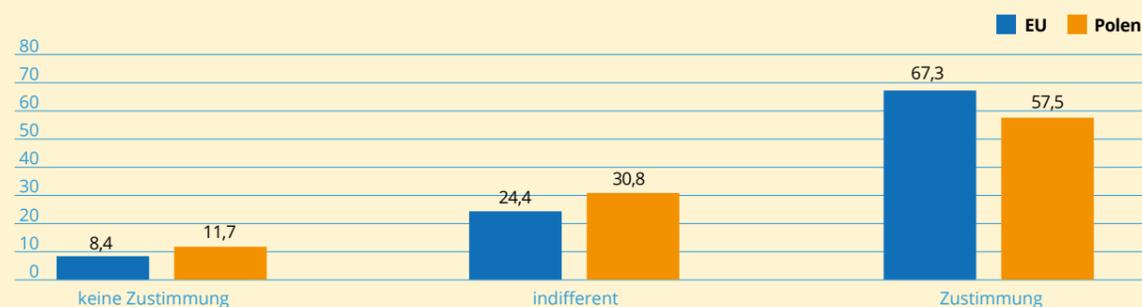
Abb. 7: Positionen bezüglich besserer Integrierbarkeit ukrainischer Geflüchteter in Polen und Europa (in Prozent)



Anmerkung: Fragestellung: „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Flüchtlinge aus der Ukraine sind deutlich besser in die polnische Gesellschaft integrierbar als jene aus dem Nahen Osten oder Afrika“. Aggregierte Ergebnisse der Skala von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet ($n_{Polen} = 2.055$; $n_{Europa} = 20.449$).

Quelle: MIDEM-Erhebung / YouGov

Abb. 8: Positionen bezüglich Anpassung an Werte und Kultur des Aufnahmelandes in Polen und Europa (in Prozent)



Anmerkung: Antworten zur Frage „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Für ein gutes Zusammenleben in Polen sollten sich Zugewanderte an die polnische Kultur und ihre Werte anpassen“. Aggregierte Ergebnisse der Skala von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (n_{Polen} = 2.055; n_{Europa} = 20.449).

Quelle: MIDEM-Erhebung / YouGov

ist, mit dem Polen eine rund vierhundertjährige gemeinsame Geschichte teilt.⁹ Die sprachlichen Unterschiede zwischen Polnisch und Ukrainisch sind nicht sehr groß. Schon vor Kriegsbeginn lebten rund eineinhalb Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer in Polen, die als fleißig und gut integriert galten.¹⁰ Darüber hinaus bestehen seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991 enge bilaterale Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, denen beide Länder große Bedeutung beimessen.

Im europäischen Vergleich glauben in Polen weniger Menschen, dass Zugewanderte sich an die Kultur und die Werte des Landes anpassen sollten (Abb. 8).¹¹ Möglicherweise ist dies vor allem auf die bisherigen Erfahrungen Polens zurückzuführen: In den letzten Jahrzehnten kamen die meisten Zugewanderten aus einem kulturellen Umfeld, das dem polnischen sehr ähnlich war – so bestand nur ein geringer Anpassungsbedarf.

Bei einer genaueren Analyse zeigt sich, dass viele der soziodemografischen Merkmale keinen Einfluss auf die migrationsbezogenen Einstellungen der polnischen Befragten haben. Wohnort oder Einkommen beeinflussen das Antwortverhalten nicht; für Geschlecht, Bildungsniveau und Alter gilt das nur beschränkt. Einen signifikanten Einfluss auf das Antwortverhalten hat jedoch die politische Orientierung der Befragten: Personen, die sich selbst politisch rechts verorten, messen dem Thema Zuwanderung im Allgemeinen eine höhere Relevanz zu als Personen anderer politischer Ausrichtungen. Des Weiteren

sprechen sie sich deutlich häufiger für Restriktionen aus, wohingegen Linksorientierte eher eine Erleichterung der Zugangsmöglichkeiten wünschen. Im Vergleich zu Zentristen oder Linken lehnen Personen, die sich politisch rechts verorten, die Zuwanderung von Musliminnen und Muslimen stärker ab, erwarten häufiger eine Anpassung an eigene Werte und Kultur und vertreten häufiger die Meinung, dass Ukrainerinnen und Ukrainer deutlich besser integrierbar sind.

4. DAS THEMA ZUWANDERUNG IM WAHLKAMPF

Obwohl der Wahlkampf offiziell erst mit der Ankündigung der Wahlen Anfang August begonnen hat, ist er bereits seit dem Frühjahr in vollem Gange. Die aktuellen Umfragen lassen keine eindeutigen Rückschlüsse auf mögliche Mehrheitsverhältnisse und Koalitionen zu. Die Regierungspartei, gemeinsam mit der rechtsradikalen Konfederacja, hat trotz sinkender Umfragewerte eine Chance auf eine Mehrheit, ebenso wie die demokratische Opposition¹².

Lange Zeit schien es, als sei das Thema Zuwanderung zwar im Wahlkampf präsent, aber nur eines von vielen Nebenthemen. Dies änderte sich im September abrupt, als die Visa-Affäre, der Streit mit der Ukraine über den Getreidetransit und das politische Hin und Her um den Film „Grüne Grenze“ die Migration wieder in den Vordergrund rückten.

Nachdem die Kampagne der Regierungspartei im Frühjahr nicht den gewünschten Erfolg brachte (vgl. Szacki

Tab. 1: Zeitlicher Überblick von migrationsbezogenen Ereignissen während des Wahlkampfes

Frühling	Inoffizieller Start des Wahlkampfes .
Mitte Juni	PiS kündigt Referendum an, unter anderem soll auch das Thema Zuwanderung enthalten sein.
Anfang bis Mitte Juli	Migrationsthema rückt kurzfristig in den Vordergrund: Die Abstimmung im Parlament bestätigt das Referendum . PiS veröffentlicht die vier Referendumsfragen, zwei davon in Bezug auf Zuwanderung. Konfederacja und Lewica veröffentlichen ihre Programmblätter zu Migration . Das Außenministerium legt einen Verordnungsentwurf zur Vereinfachung der Visavergabe vor. Nach heftiger Kritik zieht die Regierung den Entwurf zurück.
8. August	Ankündigung des Wahltermins für den 15. Oktober durch den Staatspräsidenten. Offizieller Start des Wahlkampfes.
September	Migrationsthema wird zum Hauptthema: 1. September – erste Medienberichte über Korruption im Außenministerium, die die Visa-Affäre (siehe Kapitel 5. Visa-Affäre) auslösen. Bis Mitte September wird die Affäre zum zentralen Wahlkampfthema. 5. September – Premiere von Agnieszka Hollands Film „Grüne Grenze“ bei den Filmfestspielen in Venedig, der die Krise an der polnisch-belarussischen Grenze darstellt. Scharfe Kritik der PiS an der Regisseurin und dem Film. Ende September – Eskalation des Getreidestreits zwischen Polen und der Ukraine. Premierminister Mateusz Morawiecki drohte mit der Einstellung von Waffenlieferungen. Ankündigung von Kürzung der Leistungen für ukrainische Geflüchtete.
15. Oktober	Parlamentswahlen

Quelle: eigene Darstellung

2023), versuchte die PiS, die Stimmung zu ihren Gunsten zu drehen, indem sie verschiedene Themen ansprach. Zunächst ohne Erfolg, denn keines der Themen (darunter auch Kritik an der EU wegen der angeblichen Zwangsumverteilung von Geflüchteten) konnte Menschen außerhalb der Kernwählerschaft der Partei mobilisieren.

In den ersten Monaten des Wahlkampfes stand das Thema Zuwanderung nur von Mitte Juni bis etwa Mitte Juli im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Am 7. Juli bestätigte das Parlament das vom PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński drei Wochen zuvor angekündigte Referendum, das zeitgleich mit den Wahlen im Oktober stattfinden soll. Zwei der vier Fragen¹³, die bei dem Volksentscheid gestellt werden sollen, stehen im Zusammenhang mit Migration:

1. Unterstützen Sie die Auflösung der Barriere an der Grenze zwischen der Republik Polen und der Republik Belarus? (*Czy popierasz likwidację bariery na granicy Rzeczypospolitej Polskiej z Republiką Białorusi?*)

2. Unterstützen Sie die Aufnahme Tausender illegaler Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika gemäß dem von der europäischen Bürokratie auferlegten Zwangsumsiedlungsmechanismus? (*Czy popierasz przyjęcie tysięcy nielegalnych imigrantów z Bliskiego Wschodu i Afryki, zgodnie z przymusowym mechanizmem relokacji narzucanym przez biurokrację europejską?*)

Es handelt sich um Suggestivfragen, die sich zwar auf Migration beziehen, aber nur zwei spezifische Elemente aufgreifen: zum einen die Sicherheit und Befestigung der Grenze zu Belarus und zum anderen die Migration aus arabisch und muslimisch geprägten Regionen, die während der sogenannten Flüchtlingskrise migrations-skeptische Gemüter befeuerte. Bemerkenswert ist auch, dass die Partei Migrationsthemen mit EU-Kritik verknüpft. Dies legt die Vermutung nahe, dass Angst vor Zuwanderung als Mobilisierungsquelle keine hinreichende Wirkung mehr entfaltet und daher mit Ängsten vor Souveränitätsverlust (ein altes Angstthema der polnischen

⁹ Zunächst durch eine Personalunion zwischen dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen, Ruthenien und Schemaitien 1386-1569, dann durch eine Realunion als Polen-Litauen 1569-1795.

¹⁰ Laut einer Umfrage im Jahr 2002 hatten 58 Prozent der Befragten, die Kontakt mit ukrainischen Angestellten hatten, eine positive Meinung über deren Arbeit, während lediglich 5 Prozent eine negative Meinung vertraten. 37 Prozent der Befragten waren unentschieden (vgl. Koniczna 2003: 8). Im Jahr 2022 stieg die positive Einschätzung auf 65 Prozent (vgl. Błaszczak 2022).

¹¹ Jedoch hegen in Polen Befragte, die sich politisch rechts verorten, deutlich mehr den Wunsch nach Anpassung von Zugewanderten (Mittelwerte: rechts - 7,5; Mitte - 6,9; links - 6,1).

¹² Unter diesem Begriff sind in der polnischen Öffentlichkeit die Oppositionsgruppierungen, mit Ausnahme der rechtsradikalen *Konfederacja*, gemeint. Diese umfassen die liberal-konservative *Koalicja Obywatelska* (KO, dt.: Bürgerkoalition), die Koalition linker Parteien *Lewica* (dt.: Die Linke), sowie *Trzecia Droga* (dt.: Dritter Weg) – eine Koalition der bäuerlichen Partei *Polskie Stronnictwo Ludowe* (PSL, dt.: Polnische Bauernpartei) und der zentristischen *Polska 2050*.

¹³ Die zwei weiteren Fragen beziehen sich an den „Ausverkauf staatlicher Unternehmen an ausländische Träger, der dazu führt, dass polnische Frauen und Männer die Kontrolle über strategische Sektoren der Wirtschaft verlieren“ und die „Anhebung des Rentenalters, einschließlich der Wiederherstellung des Rentenalters auf 67 Jahre für Frauen und Männer“.

Konservativen) und vor einem vermeintlichen „Diktat der EU“ verknüpft werden muss.

Die liberalen Medien und die Opposition kritisierten das Referendum – einerseits als Beispiel für die „Orbánisierung“¹⁴ der polnischen Politik, andererseits als Beleg für die Unfähigkeit der Regierung¹⁵. Das geplante Referendum wurde von Lewica-Vertretern als „Schweineerei“ (TVN24 2023a) und „Zirkus um eine wichtige Sache“ (Lewica 2023) bezeichnet. Des Weiteren gab es zahlreiche Stimmen – in den Medien, aber auch von der KO – die der PiS Heuchelei vorwarfen, da unter ihrer Regierung eine Rekordzahl von Zugewanderten nach Polen gekommen ist (vgl. Kacprzak/Zawadka 2023; Szewczuk 2023).

Zu diesem Zeitpunkt veröffentlichte auch Konfederacja ihr kurzes Einwanderungsprogramm, das der Journalist Wojciech Czuchnowski (2023) unter der Überschrift „Selektieren, Deportieren, Assimilieren“ zusammenfasste. Das Programm umfasste unter anderem die Ablehnung von Sozialleistungen für Zugewanderte, die Festlegung einer Obergrenze und eine regionale Verteilung von Zugewanderten, um „die zivilisationsfremde, besonders muslimische Zuwanderung aufzuhalten“ und „Parallelgesellschaften zu vermeiden“ (ebd.). Ziel war es, die als „fremdartig“ betrachtete muslimische Zuwanderung zu stoppen und Druck für eine integrative Assimilation auszuüben. Die linken Parteien, die zusammen die Lewica-Koalition bilden, veröffentlichten ein Plädoyer für eine langfristige Zuwanderungs- und Integrationspolitik und beleuchteten im Zuge dessen die humanitäre Dimension der Krise an der polnisch-belarussischen Grenze (vgl. Rzeczpospolita 2023; TVN24 2023; Dziennik Gazeta Prawna 2021). Sie warnten auch vor der Gefahr von Fremdenfeindlichkeit, die in Gewalttaten umschlagen oder zu Parallelgesellschaften führen könne (Rzeczpospolita 2023).

Zuvor wurde ein Verordnungsentwurf des Außenministeriums bekannt, der eine vereinfachte Vergabe von Arbeitsvisa für Angehörige von 20 (vor allem asiatischen und muslimischen) Staaten vorsah – und zwar nicht durch die Konsulate vor Ort, sondern zentral durch das Ministerium. Überraschenderweise war es Donald Tusk, Spitzenkandidat der *Platforma Obywatelska* (PO, dt.: Bürgerplattform), der heftige, teilweise als fremdenfeindlich eingestufte Kritik an dem Entwurf übte (vgl. Pikuła 2023). In einem Twitter-Video stellte er einen Zusammenhang zwischen den Unruhen in den französischen Banlieues und der von der PiS-Regierung zugelassenen Rekordzuwanderung¹⁶ her und kritisierte die PiS, die „Tausende von Einwanderern

aus muslimischen Ländern zulässt und gleichzeitig gegen diese Gruppe hetzt“ (Tusk 2023). Auch die Konfederacja griff die hohen Zuwanderungszahlen unter der PiS-Regierung als Wahlkampfthema auf (Abb. 9).

Abb. 9: Twitter-Post von Konfederacja vom 2. Juli 2023.



Übersetzung:

Oben: „2022 hat PiS 136 Tausend Immigranten aus muslimischen Ländern herbeigeholt!“

Mitte: „Einwanderungszahlen aus 1) Usbekistan, 2) Türkei, 3) Bangladesch, 4) Turkmenistan, 5) Indonesien, 6) Kasachstan, 7) Kirgistan, 8) Aserbaidschan, 9) Tadschikistan, 10) Pakistan, 11) Kosovo“

Unten: „STOP für eine massenhafte, unkontrollierte Zuwanderung!“

Quelle: Konfederacja 2023

Um der eigenen Kampagne nicht zu schaden zog das Ministerium daraufhin den Entwurf zurück (vgl. Korcz 2023) – mit der Folge, dass das Thema Migration bis Ende August wieder weitgehend in den Hintergrund rückte. Lediglich die PiS griff das Thema im Wahlkampf auf, vor allem im Zusammenhang mit dem geplanten Referendum. Auch die migrationsfeindliche Konfederacja konzentrierte sich auf andere Themen. Ihre pauschale Ablehnung von Migration ist nach wie vor ein wichtiger Programmpunkt, wurde

aber nicht als zentrales Wahlkampfthema genutzt. Anfang September wurde der stellvertretende Außenminister aufgrund eines Korruptionsskandals in der Visa- und Konsularabteilung entlassen (siehe Kapitel 5). Die Opposition, insbesondere die Bürgerplattform, griff das Thema sofort auf. Die Regierungspartei PiS reagierte mit Verzögerung und musste sich den Vorwurf der Vertuschung und Heuchelei gefallen lassen, da sie gegen Zugewanderte mobilisierte und gleichzeitig im Verdacht stand, Bestechungsgelder für erleichterte Visa angenommen zu haben.

Donald Tusk twitterte dazu:

„Eine migrantenfeindliche Hysterie entfesseln, eine Rekordzahl an Migranten holen, Millionen an Visa verdienen, und dann ein Referendum über Migration ausschreiben. Im Vergleich zu ihnen ist Lukaszenka ein Amateur.“

„Rozpętać antymigrancką histerię, ściągnąć rekordową ilość migrantów, zarobić miliony na wizach, a na koniec rozpisać referendum w sprawie migracji. Łukaszenka to przy nich amator.“ (Tusk 2023a)

Die Bürgerplattform veröffentlichte ein Video auf Twitter, in dem sie die PiS-Regierung wegen der Visa-Affäre angriff und ihr erneut Heuchelei vorwarf (Bürgerplattform 2023).¹⁷ Donald Tusk bezeichnete die Affäre als einen der größten Skandale des 21. Jahrhunderts in Polen und forderte die Medien auf, Fragen an Premierminister Mateusz Morawiecki zu stellen (Kondzińska/Bromber 2023). Die Bürgerplattform veröffentlichte später ein weiteres populistisch geprägtes Video, welches 2,6 Millionen Aufrufe verzeichnete, in dem das Verfahren als mafios kritisiert wurde (Bürgerplattform 2023a).

Die Regierungspartei hatte wohl nicht damit gerechnet, dass die Affäre so prominent werden würde und brauchte über eine Woche, um ihre Krisenkommunikation darauf einzustellen (Kalukin 2023a). Zunächst wiesen die PiS-Politiker die Vorwürfe als „absurd“ zurück (Kondzińska 2023). Unterdessen setzte sie ihre Kampagne gegen Flüchtlinge fort, einschließlich der abfälligen Bemerkungen von Premierminister Morawiecki auf einer Kundgebung in Katowice, wo er von „Banden muslimischer Einwanderer“ sprach, die „die Opposition um jeden Preis nach Polen zu holen versucht“, weil „dies der Wille ihrer deutschen Brötchengebern ist“. Morawiecki äußerte die Ansicht, dass es sich hauptsächlich um „junge Männer handle, die an Gewalt gewöhnt sind“, und warnte vor der „Hölle der Frauen“¹⁸, die Polen drohe (Kalukin 2023a).

Die Reaktion der PiS-Regierung auf die Visa-Affäre lässt sich als dreigliedrige Strategie beschreiben. Erstens versuchte die Regierung, die Affäre herunterzuspielen, indem sie betonte, dass es sich lediglich um rund 200 Fälle handle, die von PiS-Behörden aufgedeckt und bearbeitet worden seien (Wroński 2023), und dass die Probleme bereits vor ihrer Amtszeit unter der Regierung der Koalicja Obywatelska begonnen hätten. Der Außenminister Zbigniew Rau behauptete zudem, es handle sich lediglich um „eine Fake-News-Kaskade“ (Wroński 2023).

Zweitens griff sie die Regisseurin Agnieszka Holland und ihren Film „Grüne Grenze“ an (der sich mit der Krise an der polnisch-belarussische Grenze befasst), den sie als „antipolnisch“, „niederträchtig“ und eine „politische Agitation“ bezeichnete und welcher „die polnischen Uniformen besudelt“ und so dem Beispiel der NS-Propagandafilme folge (Kalukin 2023a, Kondzińska 2023), woraufhin die Regisseurin einer Welle von Hass und Gewaltandrohungen ausgesetzt wurde.

Drittens fachte die PiS-Regierung den Konflikt mit der Ukraine an. Hintergrund war die einseitige Entscheidung Polens, die von der EU auslaufenden Handelsbeschränkungen für ukrainisches Getreide beizubehalten. Als die Ukraine drohte, Polen vor der WTO zu verklagen, ließen die Reaktionen der Regierung nicht lange auf sich warten. So kündigte die Regierung an, dass Polen keine Waffen mehr in die Ukraine schicken werde, da das Land nun selbst aufrüsten müsse (Drob 2023). Die Auseinandersetzung zog Undankbarkeitsvorwürfe¹⁹ von PiS-Politikern nach sich und wurde auch von Kaczyński weiter angeheizt, indem er an das Massaker an polnischen Zivilisten in Wolhynien²⁰ erinnerte, bei dem „die Ukrainer die Deutschen an Gräueltaten übertrafen“ hätten (Kondzińska 2023a). Zudem kündigte die Regierung Ende September an, die Leistungen für ukrainische Flüchtlinge zu kürzen, was bei Migrationsexpertinnen und -experten auf Kritik stieß (Theus 2023). Hinter den erneuten Spannungen mit der Ukraine steckt nicht nur der Versuch, von der Visa-Affäre abzulenken. Es ist zu vermuten, dass die PiS um Stimmen der rechtsnationalistischen Konfederacja wirbt, die für ihre skeptische Haltung gegenüber der Ukraine bekannt ist. Durch den plötzlichen antiukrainischen Schwenk der Regierungspartei sah sich sogar Konfederacja gezwungen, ihre eigenen ukrainfeindlichen Äußerungen abzuschwächen, um sich von der PiS zu distanzieren (Sitnicka 2023).

¹⁴ Volksabstimmungen können als Instrument der politischen Agitation eingesetzt werden. So verknüpfte Orbán ein Referendum über LGBTQ+-Rechte mit den Wahlen 2022 (vgl. Szczęśniak 2023). Die Nutzung von staatlichen Geldern und Projekten, inklusive Volksabstimmungen, für den Wahlkampf zu nutzen wurde auch stark in den Medien kritisiert (vgl. Kalukin 2023; Klauziński 2023; Madejski 2023).

¹⁵ Vor allem die Verfassungskonformität des Referendums wurde in Frage gestellt. Einerseits deuteten die bestehenden wahrrechtlichen Normen an, dass gleichzeitige Wahlen und Volksabstimmung nicht zulässig seien. Andererseits steht in der Verfassung (Art. 125), dass Referenda nur über Angelegenheiten, die „für den Staat von besonderer Bedeutung sind“ durchgeführt werden können. Die Formulierung der Fragen wurde auch als äußerst politisiert und unspezifisch, sowie zum Teil faktisch unkorrekt kritisiert (es gibt keinen Zwangsumsiedlungsmechanismus in der EU) und als potenziell verfassungswidrig (z.B. da die Nennung konkreter Migrationsgruppen, hier aus Afrika und dem Nahen Osten, gegen das Gleichstellungsprinzip nach Art. 32 der Verfassung verstoßen) eingestuft.

¹⁶ Die Zuwanderung nach Polen hat seit einigen Jahren ein Rekordniveau erreicht (vgl. Eurostat 2023).

¹⁷ Das Video mit dem Titel „Straszyl, straszyl, a sami ich wpuścili! #OszustwaPiS“ (dt: Sie machten und machten Angst, und dann haben sie sie selbst reingelassen! #PiSBetrug) wurde über eine Million Mal aufgerufen.

¹⁸ Morawiecki eignete sich hierfür den Slogan der Frauenbewegung an, der bisher auf die Lage der polnischen Frauen nach der erneuten Verschärfung des Abtreibungsrechts aufmerksam machte.

¹⁹ Ein Minister aus der Kanzlei des Staatspräsidenten erklärte in den Medien, die Ukraine verhalte sich undankbar (Szostkiewicz 2023). Später verglich der Staatspräsident selbst die Ukraine mit einem Ertrinkenden, der auch den Retter mit unter Wasser ziehen könne (PAP 2023).

²⁰ Die Massaker an den polnischen Bevölkerungsgruppen, die von ukrainischen Nationalisten (UPA) zwischen 1943 und 1945 verübt wurden, werden in Polen als Völkermord betrachtet. Dieses Thema stellt das brisanteste Problem in den polnisch-ukrainischen Beziehungen dar.

5. DIE VISA-AFFÄRE

Am 31. August wurde Vize-Außenminister Piotr Wawrzyk unerwartet entlassen und aus den Wahllisten der PiS entfernt. Als offizieller Grund gab der Premierminister Mateusz Morawiecki „Fehlen einer zufriedenstellenden Zusammenarbeit“ an. Einen Tag später berichtete die Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* über Regelwidrigkeiten in der Konsularabteilung und über diesbezügliche Ermittlungen des *Centralne Biuro Antykorupcyjne* (CBA; dt. Zentrales Antikorruptionsbüro) (Czuchnowski/Wroński 2023). Ein investigatives Journalistenteam der *Onet.pl* veröffentlichte weitere Details: durch mutmaßliche Schmiergeldzahlungen wurden etliche polnische Visa vergeben, angeblich mit Hilfe einer Vermittlungsfirma VFS Global²¹ und ohne die nötigen Sicherheitsprüfungen (Stankiewicz 2023).

Die Tageszeitung *Rzeczpospolita* berichtete über politisch motivierte Einflussversuche auf Beamte in mehreren Konsulaten in Asien (vor allem Indien) und Afrika durch das Ministerium. Personen, deren Namen durch das Ministerium gelistet waren und denen ein Schengen-Mehrfachvisa gewährt wurde, wurden bei dem Versuch einer illegalen Grenzüberquerung an der mexikanisch-amerikanischen Grenze festgenommen. Angeblich kostete der Schmuggel in die USA zwischen 25.000 und 40.000 Dollar (Stankiewicz 2023). Für ein Schengen-Visum, das offiziell durch die „Vermittlung“ einer externen Firma erfolgt, wurden zwischen 600 und 950 Dollar verlangt (Bublewicz 2023). Anschließend kam es zu einer Reihe von Medienberichten, die kontinuierlich weitere Informationen zur Visa-Affäre veröffentlichten.

Nach ersten Überprüfungen wurde deutlich, dass nicht nur das System in den Konsulaten seit Jahren anfällig für Korruption und Eingriffen war, sondern es auch an ausreichender Kontrolle bei der Vergabe von Arbeitserlaubnissen und Visa mangelte. Laut Opposition kamen ca. 350.000 illegal Zugewanderte nach Polen (Szczęśniak 2023a). Nicht alle Personen, die durch das korrupte System ein polnisches Visum erhielten, sind tatsächlich in Polen angekommen. Die *Gazeta Wyborcza* verglich die Anzahl der ausgestellten Visa mit den bei der Sozialversicherung (ZUS) gemeldeten ausländischen Arbeitnehmern und stellte 2022 einen Unterschied von 82.000 und 2021 einen Unterschied von 152.500 fest (Pawłowska 2023). Das tatsächliche Ausmaß der Verstöße ist noch nicht bekannt. Bislang hat die Staatsanwaltschaft bestätigt, dass gegen sieben Personen ermittelt wird und drei vorübergehend festgenommen wurden – keiner von ihnen ist ein Staatsbeamter (Kowalski 2023). Gleichzeitig behauptete die Staatsanwaltschaft, es handle sich um eine rein interne polnische Untersuchung – obwohl die von *Gazeta Wyborcza* zitierten Quellen deutlich auf internationale Ermittlungen hinwiesen, unter anderem in den USA, Schweden und Deutschland.

Sehr wahrscheinlich wurde bislang lediglich die Spitze des Eisbergs aufgedeckt. Mehrere Ebenen und Akteure der Visa-Affäre ergeben zusammen ein komplexes Netzwerk:

1. Mangelnde Kontrolle bei Arbeitserlaubnissen und Visa:

Die Behörden in den Woiwodschaften, die Arbeitserlaubnisse ausstellen und Erklärungen über die Einstellung von Ausländern durch Arbeitgeber sammeln, verfügen weder rechtlich noch personell über ausreichende Mittel, um zu überprüfen, ob die Unternehmen tatsächlich die eingestellten Ausländer beschäftigen. Stichprobenkontrollen nach dem Ausbruch der Affäre haben auf ein potenziell großes Ausmaß von Regelverstößen hingewiesen.

2. Monopolistische Praktiken externer Unternehmen:

In mehreren Ländern, in denen polnische Konsulate mit der externen Firma VFS Global zusammenarbeiteten, wurde ein de facto Monopol dieser Firma bei der Terminvergabe für Visa festgestellt (vgl. Głowacki 2023). Die Termine der Konsulate wurden von VFS Global ausgebucht und nur gegen eine Übermittlungsgebühr (zwischen 600 und 950 Dollar, je nach Land) an Interessierte weitergegeben. Dies zwang die Menschen dazu, beträchtliche Geldbeträge an Vermittler zu zahlen.

3. Unzureichende Sicherheitskontrollen:

Die Mitarbeiter der Übermittlungsfirma sollten Sicherheitsprüfungen und berufliche Kompetenzen der Antragsteller durchführen. Diese Praktiken erwiesen sich als illusorisch, da weder angemessene Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt noch berufliche (Stankiewicz 2023) oder sprachliche Fähigkeiten geprüft wurden. Dies führte zu Bedenken hinsichtlich unzureichender Sicherheitskontrollen bei der Visavergabe und einem potenziell erhöhten Risiko für Terroranschläge (Węglarczyk 2023).

4. Politische Einflussnahme und problematische Aktivitäten des Ministeriums:

Das Außenministerium selbst geriet ebenfalls ins Visier. Ein entlassener Vize-Außenminister soll Listen mit Namen und Kontaktdaten von Personen erstellt haben, die ein Visum erhalten sollten, und politischen Druck auf die Konsulate ausgeübt haben. Einige dieser Namen wurden später als problematische Gruppen identifiziert. Zudem gab es verdächtige Aktivitäten des Ministeriums, die darauf hindeuten, dass die Visavergabe möglicherweise in Richtung zentralisierter Kontrolle verschoben werden sollte (Wroński/Czuchnowski/Kosiek 2023). Es wurden auch mögliche politische Einflüsse aus dem Agrar- und Kulturministerium aufgedeckt, die darauf abzielten, eine große Anzahl von Visa für spezifische Gruppen auszustellen (Dobrosz-Oracz 2023; Czuchnowski/Wroński/ Kosiek 2023).

Insgesamt zeigt diese Affäre ein komplexes Geflecht von Regelverstößen, unzureichender Kontrolle und politischer Einflussnahme, das dringend einer Reform bedarf. Die Regierung versucht, die Affäre herunterzuspielen. Vizeminister Wawrzyk, der sich nach einem mutmaßlichen Selbstmordversuch im Krankenhaus befindet, wurde entlassen und degradiert. Der Direktor der Konsularabteilung wurde zwar seines Amtes enthoben, aber nicht gekündigt. Niemand sonst wurde sanktioniert (Czuchnowski/Wroński 2023b). Wawrzyks Entlassung könnte gravierende Folgen für die Wahlen haben, da er maßgeblich für die Organisation der Wahlen in Ausland verantwortlich war (Mazzini 2023).²² Das Ministerium kündigte alle Übermittlungsfirmenverträge, was das Visa-System lahmlegen könnte (Czuchnowski/Wroński 2023b, Mazzini 2023, Głowacki 2023).

Der Oberste Rechnungshof kündigte am 14. September eine dringende Kontrolle im Außenministerium an (Najwyższa Izba Kontroli 2023). Auch die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson bezeichnete die Affäre als „sehr besorgniserregend“ und forderte die polnische Regierung mit einem offiziellen Schreiben auf, diese aufzuklären (vgl. Tagesschau 2023). Die Antwort der polnischen Regierung wurde von der EU-Kommission als unzureichend eingestuft (vgl. Łukaszewski 2023). Auch Deutschland hat auf die Affäre reagiert: Ende September kündigte Innenministerin Nancy Faeser an, vorübergehend Grenzkontrollen an der polnischen Grenze durchzuführen (vgl. Wielński 2023).

6. SCHLUSS

Polen entwickelt sich rasant zu einem Einwanderungsland, und die öffentliche Debatte über Migration ist zu einem festen Bestandteil des politischen Diskurses geworden. Seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 hat sich viel getan: Zuwanderung ist Teil der polnischen Realität geworden, insbesondere durch die Aufnahme einer großen Zahl ukrainischer Geflüchteter. Dies hat die Einstellung der polnischen Bevölkerung zur Migration verändert, und Panikmache hat an Wirkung verloren. So werden Zugewanderte aus der Ukraine in Polen mehrheitlich positiv bewertet, und generell ist eine gewisse Entspannung in der allgemeinen Einstellung der Bevölkerung zur Migration zu beobachten. Dennoch ist das Verständnis von „Flüchtling“ in Polen oft eng begrenzt, was dazu führt, dass viele Asylsuchende als „Wirtschaftsflüchtlinge“ angesehen werden (vgl. Babakova et al. 2022; Pacewicz 2023a). So harren an der polnisch-belarussischen Grenze immer noch Menschen aus, die von den meisten polnischen Befragten nicht als Asylberechtigte anerkannt werden (vgl. Chrzczonowicz 2022).

²¹ VFS Global (*Visa Facilitation Services Global*) ist ein Outsourcing-Unternehmen, das die Annahme von Visaanträgen im Auftrag von Konsulaten übernimmt. Dieser Dienstleister operiert für verschiedene Länder, einschließlich Deutschland. (vgl. <https://vietnam.diplo.de/vn-de/service/-/2306826>)

²² Die Präsidentschaftswahlen von 2020 zeigten bereits, dass das Ministerium nicht über ausreichende Kapazitäten und Personal verfügte (Mazzini 2023). Im März hat die PiS-Regierung das Wahlrecht novelliert, indem sie die Stimmabgabe in Konsulaten erheblich erschwerte. Dies geschah vor allem durch die Abschaffung der Briefwahl und die Verpflichtung für die Wahlkommissionen, die Auszählung innerhalb von 24 Stunden nach Schließung der Wahllokale abzuschließen (Pacewicz 2023).

LITERATURVERZEICHNIS

- Althoff, Jena* 2022: Ungarn und die Fluchtmigration aus der Ukraine. Verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_PolicyBrief_2022-4_Ungarn_und_die_Fluchtmigration_aus_der_Ukraine.pdf (letzter Zugriff: 02.08.2023).
- Babakova, Olena / Fiałkowska, Kamila / Kindler, Marta / Zessin-Jurek, Lidia* 2022: Who Is a 'True' Refugee? On the Limits of Polish Hospitality. CMR Spotlight 6 (41). Verfügbar unter: <https://www.migracje.uw.edu.pl/publikacje/who-is-a-true-refugee-on-the-limits-of-polish-hospitality/> (letzter Zugriff: 03.08.2023).
- Bertram, Łukasz / Jędrzejek, Michał* 2015: Islamskie hordy, azjatycki najazd, socjalny dzihad. Jak polskie media piszą o uchodźcach? Analiza specjalna. In: Obserwatorium Debaty Publicznej „Kultury Liberalnej”, 14. Oktober 2015. Verfügbar unter: <https://obserwatorium.kulturaliberalna.pl/raport/islamskie-hordy-azjatycki-najazd-socjalny-dzihad-jak-polskie-media-pisza-o-uchodzycach-uchodzczy/> (letzter Zugriff: 04.09.2018).
- Bertram, Łukasz / Puchejda, Adam / Wigura, Karolina* 2017: Negatywny Obraz Muzułmanów w Polskiej Prasie. Analiza Wybranych Przykładów z lat 2015–2016. Warszawa: Obserwatorium Debaty Publicznej „Kultury Liberalnej”. Verfügbar unter: https://bip.brpo.gov.pl/sites/default/files/%2FRaport_Negatywny_obraz_muzulmanow_w_polskiej_prasie_Analiza_wybranych_przykladow_z_lat_2015_2016.pdf (letzter Zugriff: 05.10.2023).
- Błaszczak, Anita* 2022: Jak Polakom pracuje się z Ukraińcami. Wyniki nowego badania. In: Rzeczpospolita, 17. August 2022. Verfügbar unter: <https://www.rp.pl/rynek-pracy/art36890321-jak-polakom-pracuje-sie-z-ukraincami-wyniki-nowego-badania> (letzter Zugriff: 08.09.2023).
- Bublewicz, Bartłomiej* 2023: Nowa odsłona afery wizowej. Handel miejscami w kolejkach do konsulatów. In: Onet.pl, 19. September 2023. Verfügbar unter: <https://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/afery-wizowa-handel-miejscami-w-kolejkach-do-konsulatow/4lv0sjj> (letzter Zugriff: 25.09.2023).
- Bürgerplattform* 2023: Straszyl, straszyl, a sami ich wpuścili! #OszustwaPiS. In: X (Twitter) Bürgerplattform, 8. September 2023. Verfügbar unter: https://twitter.com/Plattform_org/status/1700026291523641675 (letzter Zugriff: 27.09.2023).
- Bürgerplattform* 2023a: Afera wizowa: Wszyscy w MSZ wiedzieli. Mafia szmuglerów PiS. In: YouTube Bürgerplattform, 15. September 2023. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=BPBSwV-SMGQ> (letzter Zugriff: 27.09.2023).
- CBOS* 2022: Polacy wobec rosyjskiej inwazji na Ukrainę. Komunikat z badań nr 38/2022. März 2022. Verfügbar unter: https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2022/K_038_22.PDF (letzter Zugriff: 30.08.2022).
- CBOS* 2023: Polacy o wojnie na Ukrainie. Komunikat z badań nr 94/2023. Verfügbar unter: [https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2023\)/K_094_23.PDF](https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2023)/K_094_23.PDF) (letzter Zugriff: 04.10.2023).
- Chmelar, Kristina / Joachim, Janine* 2023: Migration in Tschechien. Einstellungen und Polarisierungspotenzial. MIDEM Policy Paper 2023-2, Dresden.
- Chrzczonowicz, Magdalena* 2022: Nie wpuszczać, wypychać na Białoruś. Tak uważa 66 proc. chodzących do kościoła [SONDAŻ IPSOS]. In: OKO.Press, 24. November 2022. Verfügbar unter: <https://oko.press/nie-wpuszczac-wypychac-na-bialorus-tak-uwaza-66-proc-chodzacych-do-kościoła-sondaz-ipsos> (letzter Zugriff: 26.06.2023).
- Czuchnowski, Wojciech* 2023: Konfederacja ogłasza plan ws. imigrantów: selekcja, deportacja, asymilacja. In: Gazeta Wyborcza, 5. Juli 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,29941602,konfederacja-oglasza-plan-ws-imigrantow-selekcja-deportacja.html> (letzter Zugriff: 31.08.2023).
- Czuchnowski, Wojciech / Wroński, Paweł* 2023: Dymisja w MSZ po wizycie CBA. Kulisy odwołania Piotra Wawrzyka. In: Gazeta Wyborcza, 1. September 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,30145557,dymisja-w-msz-po-wizycie-cba-kulisy-odwolania-piotra-wawrzyka.html> (letzter Zugriff: 25.09.2023).
- Czuchnowski, Wojciech / Wroński, Paweł* 2023a: Afera wizowa. Dymisjonowany wiceszef MSZ Piotr Wawrzyk był kozłem ofiarnym. In: Gazeta Wyborcza, 13. September 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,30181834,propozycja-w-msz-dla-wawrzyka-masz-siedziec-cicho.html> (letzter Zugriff: 28.09.2023).
- Czuchnowski, Wojciech / Wroński, Paweł / Kosiek, Angelina* 2023: Szerokie kręgi afery wizowej. In: Gazeta Wyborcza, 1. September 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,30199077,szerokie-kręgi-afery-wizowej.html> (letzter Zugriff: 27.09.2023).
- Dobrosz-Oracz, Justyna* 2023: Kowalczyk o aferze wizowej. To on polecił ściągnąć milion imigrantów? In: Gazeta Wyborcza, 19. September 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,30204438,kowalczyk-o-aferze-wizowej-to-on-polecil-sciagnac-milion-imigrantow.html> (letzter Zugriff: 27.09.2023).
- Drob, Daniel* 2023: Mateusz Morawiecki: Już nie przekazujemy uzbrojenia na Ukrainę, teraz sami się zbroimy. In: Gazeta.pl, 21. September 2023. Verfügbar unter: <https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114883,30212766,mateusz-morawiecki-nie-przekazujemy-uzbrojenia-na-ukraine.html> (letzter Zugriff: 28.09.2023).
- Dziennik Gazeta Prawna* 2021: Debata o budowie muru na granicy z Białorusią. Lewica: Nasza granica nie jest bezpieczna, bo na bezpiecznej granicy nie umierają ludzie. 14. Oktober 2021. Verfügbar unter: <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/8271075,lewica-poparcie-projeky-budowa-zabezpieczenia-na-granicy-z-bialorusia.html> (letzter Zugriff: 28.09.2023).
- Eurostat* 2023: First Permits by Reason, Age, Sex and Citizenship. Verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/MIGR_RESFAS/default/table?lang=en&category=migr.migr_man.migr_res.migr_resage (letzter Zugriff: 31.08.2023).
- Głowacki, Witold* 2023: Afera wizowa. Wszystko, co wiemy o działaniach w MSZ i placówkach na całym świecie. Czeka nas chaos? In: OKO.Press, 16. September 2023. Verfügbar unter: <https://oko.press/afery-wizowa-wszystko-co-wiemy> (letzter Zugriff: 28.09.2023).
- Herold, Maik / Joachim, Janine / Otteni, Cyrill / Vorländer, Hans* 2023: Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern. Verfügbar unter: [https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Studie_2023\).-2_Polarisierung_in_Deutschland_und_Europa.pdf](https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Studie_2023).-2_Polarisierung_in_Deutschland_und_Europa.pdf) (letzter Zugriff: 03.08.2023).
- Kacprzak, Izabela / Zawadka, Grażyna* 2023: PiS szeroko otworzył drzwi dla cudzoziemców spoza Europy, którymi straszyl Polaków. In: Rzeczpospolita, 13. Juni 2023. Verfügbar unter: <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art38600021-pis-szeroko-otworzyl-drzwi-dla-cudzoziemcow-spoza-europy-ktorymi-straszyl-polakow> (letzter Zugriff: 26.06.2023).
- Kalukin, Rafał* 2023: Jak PiS oszukuje w wyborach. Podpórki, które podsunęła sobie partia Kaczyńskiego. In: Polityka, 29. August 2023. Verfügbar unter: <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/2225244,1,jak-pis-oszukuje-w-wyborach-podporki-ktore-podsunela-sobie-partia-kaczynskiego.read> (letzter Zugriff: 30.08.2023).
- Kalukin, Rafał* 2023a: Wielka afery wizowa uderza w kampanię PiS. Straszą i zapraszają. In: Polityka, 14. September 2023. Verfügbar unter: <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/2227028,1,wielka-afery-wizowa-uderza-w-kampanie-pis-strasza-i-zapraszaja.read> (letzter Zugriff: 27.09.2023).
- Klauziński, Sebastian* 2023: Zjednoczona Prawica na pikniku. Ile kosztują imprezy pod chmurką organizowane przez rząd i PiS? In: OKO.Press, 24. August 2023. Verfügbar unter: <https://oko.press/pikniki-pis-800-z-milosci-dopolski-kaczynski-ziobro> (letzter Zugriff: 30.08.2023).
- Konfederacja* 2023: Chyba, że to granica polsko-białoruska, wtedy.... In: X (Twitter) Konfederacja, 2. Juli 2023. Verfügbar unter: https://twitter.com/KONFEDERACJA_/status/1675392607415836673 (letzter Zugriff: 26.09.2023).
- Konieczna, Joanna* 2003: Polacy-Ukraińcy, Polska-Ukraina. Paradoksy stosunków sąsiedzkich. In: Fundacja Batorego, 8. Mai 2003. Verfügbar unter: <https://www.batory.org.pl/publikacja/polacy-ukraincy-polska-ukraina-paradoksy-stosunkow-sasiedzkich/> (letzter Zugriff: 08.09.2023).
- Kondzińska, Agata* 2023: Afera wizowa. PiS stracił oddech, ale tylko na chwilę. „Mamy badania”. In: Gazeta Wyborcza, 26. September 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,30228707,afery-wizowa-pis-stracil-oddech-ale-tylko-na-chwile-mamy.html> (letzter Zugriff: 28.09.2023).
- Kondzińska, Agata* 2023a: PiS nasila grę na antyukraińskich nastrojach. Partia zbadala, czy jej się to opłaci. In: Gazeta Wyborcza, 21. September 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,30215217,pis-nasila-gre-na-antyukrainskich-nastrojach-partia-zbadala.html> (letzter Zugriff: 28.09.2023).
- Kondzińska, Agata / Bromber, Emilia* 2023: Tusk o aferze wizowej: Największa afery XXI wieku w Polsce. In: Gazeta Wyborcza, 14. September 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,30189238,konferencja-tuska.html> (letzter Zugriff: 27.09.2023).
- Korc, Maria* 2023: Czym straszyl Tusk? Przyjrzelismy się rozporządzeniu o ułatwieniu cudzoziemcom podejmowania pracy w Polsce. In: Wyborcza.Biz, 4. Juli 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.biz/biznes/7,159911,29933664,czym-straszyl-tusk-przyjrzelismy-sie-rozporzadzeniu-o-ulatwieniu.html?disableRedirects=true> (letzter Zugriff: 31.08.2023).
- Kowalski, Roch* 2023: „Afera wizowa”. Siedem osób z zarzutami. In: RMF 24, 14. September 2023. Verfügbar unter: https://www.rmf24.pl/fakty/polska/news-afery-wizowa-siedem-osob-z-zarzutami,nId,7025537#crp_state=1 (letzter Zugriff: 26.09.2023).
- Kozłowska, Marta* 2018: Polen. In: MIDEM 2018: Migration und Populismus. Jahresstudie 2018, Dresden, S. 139-155.
- Kozłowska, Marta* 2019: The General Elections in Poland 2019. MIDEM Wahlbericht, Dresden.

Kozłowska, Marta 2022: Polen. In: MIDEM: Europa und die Fluchtmigration aus der Ukraine. Jahresstudie 2022, Dresden, S. 77-96.

Krzyżak, Tomasz 2021: Sondaż: Większość Polaków za przyjmowaniem uchodźców. In: Rzeczpospolita, 22. Februar 2021. Verfügbar unter: <https://www.rp.pl/kraj/art264831-sondaz-wiekszosc-polakow-za-przyjmowaniem-uchodzcow> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Lewica 2023: Trzy filary dobrej polityki migracyjnej: bezpieczeństwo, weryfikacja i sprawna integracja. 6. Juli 2023. Verfügbar unter: <https://lewica.org.pl/aktualnosci/9593-trzy-filary-dobrej-polityki-migracyjnej-bezpieczenstwo-weryfikacja-i-sprawna-integracja> (letzter Zugriff: 05.09.2023).

Łukaszewski, Jakub 2023: Polskie MSZ „niewystarczająco” odpisało Komisji Europejskiej ws. afery wizowej. In: Gazeta Wyborcza, 22. September 2023. Verfügbar unter: https://wyborcza.pl/7,75398,30217588,polskie-msz-odpisalo-komisji-europejskiej-ws-afery-wizowej.html#S.embed_link-K.C-B.1-L.9.zw (letzter Zugriff: 28.09.2023).

Madejski, Mateusz 2023: Wszystkie „sprytne” kampanie PiS. Tak partia przechytrzyła kodeks. In: Business Insider, 4. August 2023. Verfügbar unter: <https://businessinsider.com.pl/wiadomosci/sprytne-kampanie-pis-tak-partia-przechytrzylo-kodeks/wes4lrc> (letzter Zugriff: 30.08.2023).

Mazzini, Mateusz 2023: Dymisja w MSZ obnaża hipokryzję PiS. Skutki dla wyborów mogą być groźne. In: Polityka, 6. September 2023. Verfügbar unter: <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/2226380,1,dymisja-w-msz-obnaza-hipokryzje-pis-skutki-dla-wyborow-moga-byc-grozne.read> (letzter Zugriff: 28.09.2023).

Najwyższa Izba Kontroli 2023: W ciągu najbliższych kilku tygodni NIK przeprowadzi...; X (Twitter) Najwyższa Izba Kontroli(NIK),14.September2023.Verfügbarunter:<https://twitter.com/NIKgovPL/status/1702364121511960699> (letzter Zugriff: 28.09.2023).

Pawłowska, Danuta 2023: Afera wizowa. Pracuje u nas mniej osób, niż ma wizy, reszta mogła wyjechać dalej. In: Wyborcza.pl BIQdata, 22. September 2023. Verfügbar unter: <https://biqdata.wyborcza.pl/biqdata/7,159116,30219125,afery-wizowa-pracuje-u-nas-mniej-osob-niz-ma-wizy-reszta.html> (letzter Zugriff: 26.09.2023).

Pacewicz, Piotr 2023: Nie do policzenia. Wybory w wielu komisjach za granicą mogą zostać „uznane za niebyłe”. In: OKO.Press, 29. März 2023. Verfügbar unter: <https://oko.press/nie-do-policzenia-zgodnie-z-prawem-pis-wybory-np-w-londynie-moga-zostac-uznane-za-niebyle> (letzter Zugriff: 04.10.2023).

Pacewicz, Piotr 2023a: Nie do policzenia. Wybory w wielu komisjach za granicą mogą zostać „uznane za niebyłe”. In: OKO.Press, 29. März 2023. Verfügbar unter: <https://oko.press/nie-do-policzenia-zgodnie-z-prawem-pis-wybory-np-w-londynie-moga-zostac-uznane-za-niebyle> (letzter Zugriff: 04.10.2023).

PAP 2023: „Ukraina zachowuje się jak tonący, który chwytą się wszystkiego. My mamy prawo bronić się, by tonący nie zrobił nam krzywdy”. In: Polska Agencja Prasowa, 19. September 2023. Verfügbar unter: <https://www.pap.pl/aktualnosci/ukraina-zachowuje-sie-jak-tonacy-ktory-chwyta-sie-wszystkiego-my-mamy-prawo-bronic-sie> (letzter Zugriff: 04.10.2023).

Pikuła, Rafał 2023: Obrona ksenofobicznej wypowiedzi Tuska jest nie do obrony. In: wyborcza.pl, 4. Juni 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75968,29938091,obrona-ksenofobicznej-wypowiedzi-tuska-jest-nie-do-obrony.html> (letzter Zugriff: 31.08.2023).

Rzeczpospolita 2023: Zandberg: Lewica nie będzie igrała z ksenofobią. To niebezpieczne narzędzie. 5. Juli 2023. Verfügbar unter: <https://www.rp.pl/polityka/art38698101-zandberg-lewica-nie-bedzie-igrala-z-ksenofobia-to-niebezpieczne-narzedzie> (letzter Zugriff: 05.09.2023).

Sitnicka, Dominika 2023: „Jesteśmy rzeczywiście trochę szaleni”. Jak Konfederacja próbuje zatrzymać spadki. In: OKO.Press, 30. September 2023. Verfügbar unter: <https://oko.press/konfederacja-konwencja-spodek> (letzter Zugriff: 04.10.2023).

Stankiewicz, Andrzej 2023: Wawrzyk, Bollywood i spec służby USA. Ujawniamy kulisy afery wizowej. In: Onet.pl, 14. September 2023. Verfügbar unter: <https://wiadomosci.onet.pl/kraj/wawrzyk-bollywood-i-specsluzby-usa-ujawniamy-kulisy-afery-wizowej/c7jlm3c> (letzter Zugriff: 05.10.2023).

Szacki, Wojciech 2023: Kampania PiS w ruinie. Dziwna seria porażek, obietnice nie działają. Co się stało, że się zacięło? In: Polityka, 14. Juni 2023. Verfügbar unter: <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/2215662,1,kampania-pis-w-ruinie-dziwna-seria-porazek-obietnice-nie-dzialaja-co-sie-stalo-ze-sie-zacielo.read> (letzter Zugriff: 29.08.2023).

Szcześniak, Agata 2023: Przypadek Jany Shostak. Prawica jej nie znosi, KO ją skreśliła, ma startować z list Lewicy. In: OKO.Press, 16. Juni 2023. Verfügbar unter: <https://oko.press/referendum-kaczynski-relokacja-plagiat-wegry> (letzter Zugriff: 26.06.2023).

Szcześniak, Agata 2023a: Na czym polega „afery wizowa”? In: OKO.Press, 8. September 2023. Verfügbar unter: <https://oko.press/na-czym-polega-afery-wizowa> (letzter Zugriff: 26.09.2023).

Szewczuk, Tomasz 2023: Absurdalne referendum. PiS sprowadza migrantów, a potem na nich szczuje. In: Polityka, 23. Juni 2023. Verfügbar unter: <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/2217122,1,absurdalne-referendum-pis-sprowadza-migrantow-a-potem-na-nich-szczuje.read> (letzter Zugriff: 07.06.2023).

Szostkiewicz, Adam 2023: Zboże i „niewdzięczni” Ukraińcy. PiS chodzi o wybory. In: Polityka, 2. August 2023. Verfügbar unter: <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/swiat/2222266,1,zboze-i-niewdzieczni-ukraincy-pis-chodzi-o-wybory.read> (letzter Zugriff: 04.10.2023).

Szymanek, Cezary 2023: Filmowcy Wawrzyka” i wielka afery wizowa w MSZ. „Ośmiornica PiS” In: Rzeczpospolita, 14. September 2023. Verfügbar unter: <https://www.rp.pl/kraj/art39110811-filmowcy-wawrzyka-i-wielka-afery-wizowa-w-msz-osmiornica-pis> (letzter Zugriff: 05.10.2023).

Tagesschau 2023: EU fordert Antworten von Warschau. 20. September 2023. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-visa-eu-100.html> (letzter Zugriff: 26.09.2023).

Theus, Julia 2023: Rzecznik rządu zapowiada koniec świadczeń dla Ukraińców. Ekspert: „To byłaby katastrofa”. In: OKO.Press, 20. September 2023. Verfügbar unter: <https://oko.press/przypadek-jany-shostak-prawica-jej-nie-znosi-ko-ja-skreslila-ma-startowac-z-list-lewicy> (letzter Zugriff: 28.09.2023).

Tusk, Donald 2023: Polacy muszą odzyskać kontrolę nad swoim państwem i jego granicami; X (Twitter) Donald Tusk, 2. Juli 2023. Verfügbar unter: <https://twitter.com/donaldtusk/status/1675381156513038336> (letzter Zugriff: 26.09.2023).

Tusk, Donald 2023a: Rozpętać antymigrancką histerię, ściągnąć...; X (Twitter) Donald Tusk, 6. September 2023. Verfügbar unter: <https://twitter.com/donaldtusk/status/1699290947844968457> (letzter Zugriff: 26.09.2023).

TVN24 2023: PiS chce referendum w sprawie migrantów w dniu wyborów. Czarzasty: To wielkie świętowanie. Jest to robione tylko i wyłącznie ze względu na wybory. 4. Juli 2023. Verfügbar unter: <https://tvn24.pl/polska/wlodzimierz-czarzasty-o-referendum-w-sprawie-migrantow-to-wielkie-swinstwo-jest-to-robione-tylko-i-wylacznie-ze-wzgledu-na-wybory-7201503> (letzter Zugriff: 05.09.2023).

UNHCR 2023: Operational Data Portal, Ukraine Refugee Situation. Verfügbar unter: <https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine> (letzter Zugriff: 05.10.2023).

von Marschall, Christoph 2023: Prognosen vor der wahl in Polen. Kein klarer Sieger, Blockade – und was dann? In: Tagesspiegel, 12. September 2023. Verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/internationales/verzwickte-prognosen-vor-wahl-in-polen-kein-klarer-sieger-blockade--und-bald-neuwahlen-10449004.html> (letzter Zugriff: 05.10.2023).

Węglarczyk, Bartosz 2023: Nie lekceważmy wątku terrorystycznego w aferze wizowej [KOMENTARZ]. In: Onet.pl, 18. September 2023. Verfügbar unter: <https://wiadomosci.onet.pl/opinie/bartosz-weglarczyk-nie-lekcewazmy-watku-terrorystycznego-w-afery-wizowej/e0vcyl1> (letzter Zugriff: 27.09.2023).

Wieliński, Bartosz T. 2023: Niemcy w ciągu tygodnia wprowadzą kontrole na granicy z Polską. Jak to ma wyglądać? In: Gazeta Wyborcza, 27. September 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75399,30236636,niemcy-w-ciagu-tygodnia-wprowadza-kontrole-na-granicy-z-polska.html> (letzter Zugriff: 27.09.2023).

Wroński, Paweł 2023: Minister Rau o aferze wizowej: Kaskada fake newsów. In: Gazeta Wyborcza, 18. September 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,30202535,minister-rau-o-afery-wizowej-kaskada-fake-newsow.html> (letzter Zugriff: 28.09.2023).

Wroński, Paweł / Czuchnowski, Wojciech / Kosiek, Angelina 2023: Wizowa wrzutka w ustawie covidowej. Rząd od dawna realizował swój plan. In: Gazeta Wyborcza, 20. September 2023. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,30204828,wizowa-wrzutka-w-ustawie-covidowej-rzad-od-dawna-realizowal.html> (letzter Zugriff: 26.09.2023).

AUTORIN

DR. MARTA KOZŁOWSKA

Marta Kozłowska ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Nach ihrem Studium der Soziologie und Europastudien in Polen (UAM Poznań) und Deutschland (FU Berlin) promovierte sie in Politikwissenschaft über die politischen Bedeutungen von Solidarität in Parteiprogrammen in Deutschland. Ihre Forschungsinteressen umfassen Parteilorschung (insbesondere Parteiprogrammatik), politischen Diskurs und Konflikt sowie politische Theorie.

marta.kozlowska@tu-dresden.de

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Politische und gesellschaftliche Polarisierung
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten

IMPRESSUM

ISSN 2570-1770

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Mitarbeit:

Janine Joachim
Lea Bellmann

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2023

MIDEM ist ein Forschungszentrum an der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.

